# Stadt Oelde

## Die Bürgermeisterin



## SITZUNGSVORLAGE B 2020/014/4695

<u>Fachbereich/Aktenzeichen</u> <u>Datum</u> <u>nicht öffentlich</u>

Rechnungsprüfung 07.12.2020

Beermann, Kirsten

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Rechnungsprüfungsausschuss	Entscheidung	01.02.2021
Rat	Entscheidung	01.03.2021

Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichtes 2019

- 1. Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses gem. § 59 Abs. 3 GO
- 2. Feststellung des Jahresabschlusses 2019 und Verwendungsbeschluss über das Jahresergebnis 2019 gem. § 96 Abs. 1 GO durch den Rat
- 3. Entlastung des Bürgermeisters gem. § 96 Abs.1 GO durch die Ratsmitglieder

#### Beschlussvorschlag 1:

Der Rechnungsprüfungsausschuss beschließt, nachfolgende Stellungnahme gegenüber dem Rat abzugeben.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses zur Kenntnis.

## Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses

Gemäß § 59 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen fand heute durch den Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Oelde, vertreten durch die laut Niederschrift zu dieser Sitzung aufgeführten anwesenden Ratsmitglieder, die Prüfung des Jahresabschlusses 2019 und des Lageberichtes 2019 der Stadt Oelde statt. Die Prüfung erfolgte unter Einbezug des schriftlichen Prüfungsberichtes der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Concunia GmbH aus Münster vom 10.08.2020 sowie unter Einbezug des mündlichen Vortrages der verantwortlichen prüfenden Person in der heutigen Sitzung.

Die Prüfung des Jahresabschlusses durch die beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft umfasste dabei

- die Bilanz,
- die Ergebnisrechnung,
- die Finanzrechnung,
- die Teilergebnisrechnungen und die Teilfinanzrechnungen,
- den Anhang einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden,

jeweils für das Haushaltsjahr vom 01.01.2019 bis 31.12.2019.

## Prüfungsschwerpunkte waren:

- Zugangs- und Folgebewertung des Anlagevermögens, insbesondere die Aktivierung der Anlagen im Bau,
- periodengerechte Ertrags- und Aufwandserfassung,
- Umsetzung des 2. NKFWG sowie
- die Implementierung von Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme) durch die gesetzlichen Vertreter zur Aufstellung eines ordnungsgemäßen Lageberichts.

Nach Beurteilung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Concunia entspricht der Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Gemeindeordnung NRW und der Kommunalen Haushaltsverordnung NRW. Er vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Stadt Oelde zum 31.12.2019 sowie ihrer Ertragslage für das Haushaltsjahr 2019. Chancen und Risiken der Stadt Oelde werden laut Concunia zutreffend dargestellt.

Die für die Prüfung erforderlichen Unterlagen haben dem Rechnungsprüfungsausschuss vorgelegen bzw. waren diesem jederzeit über das Ratsinformationssystem zugänglich. Sie standen ab Einbringung des Entwurfes der Jahresrechnung 2019 und des Lageberichtes 2019 in der Sitzung des Rates vom 07.09.2020 bzw. ab Versand der Einladung zu dieser Sitzung zur Verfügung. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat die Unterlagen nach pflichtgemäßem Ermessen geprüft und ausgewertet. Der Prüfbericht der Concunia Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wird ebenso Bestandteil dieser Stellungnahme. Der Rechnungsprüfungsausschuss ist der Auffassung, dass die vorgenommene Prüfung und die Ausführungen der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie die Beratung in der heutigen Ausschusssitzung eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung und Stellungnahme bildet.

Der Rechnungsprüfungsausschuss kommt zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss der Stadt Oelde für das Haushaltsjahr 2019 in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) i. V. m. der Verordnung über das Haushaltswesen der Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen (KomHVO NRW) entspricht. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schuldenund Finanzlage der Gemeinde zum 31.12.2019 sowie ihrer Ertragslage für das Haushaltsjahr 2019.

Ebenso entspricht der Lagebericht in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der GO NRW i. V. m. der KomHVO NRW, vermittelt insgesamt ein entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden- Ertrags- und Finanzlage der Stadt Oelde und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Wesentliche Schwächen des internen Kontrollsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess konnten nicht festgestellt werden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss erklärt gemäß § 59 Abs. 3 GO:

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung werden **keine Einwendungen** gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses 2019 und des Lageberichts 2019 erhoben. Der vom Bürgermeister aufgestellte Jahresabschluss 2019 und Lagebericht 2019 werden uneingeschränkt gebilligt.

Oelde, den 01.02.2021

\_\_\_\_\_

Arno Zurbrüggen

Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Oelde

## **Beschlussvorschlag 2:**

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:

#### Der Rat beschließt:

Auf Grundlage der Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses vom 01.02.2021 wird der vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2019 mit allen gesetzlich vorgeschriebenen Anlagen vom Rat der Stadt Oelde festgestellt (§ 96 Abs. 1 GO).

Über die Verwendung des Jahresüberschusses bzw. Behandlung des Jahresfehlbetrages (§ 96 Abs.1 GO) beschließt der Rat wie folgt:

Der ausgewiesenen Jahresüberschuss in Höhe von 1.370.207,49 € wird

in Höhe von 1.370.207,49 € der Ausgleichsrücklage

## zugeführt.

Dem Kämmerer wurde im Rahmen der Beratungen des Rates über den Jahresabschluss Gelegenheit gegeben, seine eventuelle abweichende Auffassung zu vertreten.

#### Beschlussvorschlag 3:

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt den Ratsmitgliedern zu entscheiden:

Die Ratsmitglieder erteilen dem Bürgermeister für den Jahresabschluss 2019 vorbehaltlose Entlastung.

(Hinweis: Die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister darf als Mitglied des Rates nach § 40 Abs. 2 GO nicht an der Abstimmung über die Entlastung teilnehmen. Insofern entscheiden nur die stimmberechtigten gewählten Ratsmitglieder.)

#### Sachverhalt:

## § 59 Abs. 3 GO

Der Rechnungsprüfungsausschuss prüft den Jahresabschluss und den Lagebericht der Gemeinde unter Einbezug des Prüfungsberichtes. Er bedient sich hierbei der örtlichen Rechnungsprüfung oder eines Dritten gemäß § 102 Absatz 2. Die Verantwortlichen nach Satz 2 haben an der Beratung über diese Vorlagen im Rechnungsprüfungsausschuss teilzunehmen und über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung, insbesondere wesentliche Schwächen des internen Kontrollsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, zu berichten. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat zu dem Ergebnis der Jahresabschlussprüfung schriftlich gegenüber dem Rat Stellung zu nehmen. Am Schluss dieses Berichtes hat der Rechnungsprüfungsausschuss zu erklären, ob nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung Einwendungen zu erheben sind und ob er den vom Bürgermeister aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht billigt. Sofern ein Gesamtabschluss und Gesamtlagebericht erstellt wird, finden die Sätze 1 bis 5 entsprechende Anwendung auf den Gesamtabschluss.

## § 96 Abs. 1 GO

Der Rat stellt bis spätestens 31. Dezember des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschluss durch Beschluss fest. Zugleich beschließt er über die Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrages. Soweit in den Jahresabschlüssen der letzten drei vorhergehenden Haushaltsjahre aufgrund entstandener Fehlbeträge der Ergebnisrechnung die allgemeine Rücklage reduziert wurde, ist ein Jahresüberschuss insoweit zunächst der allgemeinen Rücklage zuzuführen. In der Beratung des Rates über den Jahresabschluss kann der Kämmerer seine abweichende Auffassung vertreten. Die Ratsmitglieder entscheiden über die Entlastung des Bürgermeisters. Verweigern sie die Entlastung oder sprechen sie diese mit Einschränkungen aus, so haben sie dafür die Gründe anzugeben. Wird die Feststellung des Jahresabschlusses vom Rat verweigert, so sind die Gründe dafür gegenüber dem Bürgermeister anzugeben.

#### Anlage(n):

Der Bericht einschließlich Bestätigungsvermerk der Concunia GmbH, Münster, über die Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichtes 2019 kann über das Ratsinformationssystem eingesehen werden.